

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Beclin S. 53, Rottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeitzelle 30 Pf.,
Stellengelände 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf., Veran-
lungsanzeigen z. 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 11.

Berlin, den 17. März 1906.

22. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Um die ausgeschriebene Stelle eines Verbandssekretärs hatten sich 23 Bewerber gemeldet. Aus diesen wurde der Kollege Wilhelm Garder in Hannover vom Verbandsvorstand und Ausschuß einstimmig zum Sekretär gewählt, welcher die Stelle spätestens am 1. April d. J. antreten wird.

2. Die Bevollmächtigten werden auf den nachfolgenden Beschluß der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände aufmerksam gemacht, nachdem wir in der Praxis schon jetzt handeln werden in der sicheren Voraussetzung, daß der nächste Verbandstag auch die dementsprechende statutarische Abänderung vornehmen wird:

„Den Verbänden wird empfohlen, eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, die den Uebertritt der Mitglieder in einen anderen, der Generalkommission angeschlossenen Verband nach folgenden Grundfätzen regelt:

1. Die Mitglieder, welche zu einem anderen Beruf übergehen und sich in der Organisation, der sie bisher angehört, regelrecht abmeldeten und die Beiträge voll entrichtet haben, sind vom Beitragsgelde in der anderen Organisation befreit.

2. Die Dauer der Mitgliedschaft, die das Mitglied in seiner bisherigen Organisation erreicht hatte, ist in der Weise anzurechnen, daß die geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summiert werden und auf Beiträge der neuen Organisation umzurechnen sind.

3. Die durch Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt auf die in der neuen Organisation vorgesehene Karenz und auf alle vorhandenen Unterstützungseinrichtungen in Anwendung. Im Unterstützungsfalle gilt die Karenz, die nach den Bedingungen der bisherigen Organisation zwischen der letzten und der neu-zubeziehenden Unterstützung zu liegen hat.“

Der Verbandsvorstand. J. A. Kloth.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände. (19.—23. Februar 1906.)

Die diesjährige Konferenz der Vorstände hatte sich mit einer außerordentlich umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Durch Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses war ihr neben verschiedenen Anträgen, die die Schaffung einheitlicher Uebertrittsbedingungen, sowie die Anstellung von Gewerkschaftssekretären im Rheinlande betrafen, die Aufgabe zugewiesen, hinsichtlich der Regelung von Grenzstreitigkeiten zwischen einzelnen Gewerkschaften an Stelle der vom Kongreß aufgegebenen Resolution Basse ein Provisorium bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß zu schaffen. Neben der Erledigung dieser pflichtgemäßen Aufgaben ergab sich für die Gewerkschaftsvorstände die Veranlassung, sich eingehender mit der Agitation in Oberhessen, sowie mit den aus den vorjährigen großen Streiks und Aussperrungen gemachten Erfahrungen zu beschäftigen. Der der Generalkommission zur Ermöglichung überwiesene Auftrag, gewerkschaftliche Unterrichtskurse einzuführen, war in seiner Vorbereitung soweit gediehen, daß

er den Vorständen zur Begutachtung vorgelegt werden konnte. Endlich veranlaßten Anträge aus Kreisen der Vorstände die Generalkommission, eine Aussprache über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen. Diese zum Teil umfangreichen Verhandlungen bewirkten eine fünfstägige Dauer der Konferenz, zu welcher diesmal auch die Redakteure der Gewerkschaftspresse und die von der Generalkommission unterhaltenen Gewerkschaftssekretäre in den Außenbezirken beratend hinzugezogen waren, da eine Reihe von Fragen, über welche verhandelt wurde, ihre Teilnahme erwünscht sein ließen. Die Konferenz billigte dies in der Voraussetzung, daß diese Erweiterung des Teilnehmerkreises nur eine ausnahmsweise sei.

In der Behandlung der Frage der Grenzstreitigkeiten vertrat die Konferenz die Auffassung, daß die Entscheidung über einzelne Grenzstreitigkeiten auszuscheiden sei und nur allgemeine Grundsätze betreffend die Vermeidung und Regelung solcher Streitigkeiten zu beraten seien. Eine Ausnahme hiervon wurde bezüglich der Abgrenzung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, sowie hinsichtlich der Organisation der Genossenschaftsangeestellten gemacht, da es sich im ersten Falle um die Innehaltung der Beschlüsse einer früheren Konferenz, im letzteren Falle um Stellungnahme gegenüber einer neugegründeten Sonderorganisation handelte.

Die Auseinandersetzungen über die Grundsätze, nach denen etwaige Grenzstreitigkeiten zu behandeln seien, förderten erhebliche gegensätzliche Auffassungen zwischen den Vertretern der Industrie- und der Branchenorganisationen zutage. Weit schärfer aber waren die Gegensätze zwischen den Anhängern der Berufs- und denen der Betriebsorganisationen, in deren Mittelpunkt der Streit der Brauer kontra Handels- und Transportarbeiter über die Organisationszugehörigkeit der in Brauereien beschäftigten Bierkutscher steht. Auch die Organisation der ungelerten Hilfsarbeiter hatte zu weitgehenden Differenzen, insbesondere mit den Verbänden der Fabrikarbeiter bezw. Bauarbeiter geführt. Ferner wurde die Frage der Organisationszugehörigkeit der regelmäßig ihren Beruf wechselnden Arbeiter in Saisongewerben, sowie die Pflicht der Doppelorganisationen solcher Gewerkschaftsmitglieder, die einen regelmäßigen Nebenberuf ausüben, in die Debatte gezogen. Das Ergebnis der einundneunzigstündigen Verhandlungen über diese Streitfragen bildete die Annahme einer Resolution der Generalkommission, ergänzt durch Zusatzanträge von Vertretern der Gutarbeiter und Gastwirtsgehilfen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände anerkennen behufs Vermeidung von Differenzen über das gegenseitige Agitationsgebiet die folgenden Grundsätze:

Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unverkennbar in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden. Neuzere Eingriffe in diese sich selbstvollziehende Entwicklung würden diese nicht fördern, sondern nur erschweren und stören und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzregulierung durch Konferenz oder Kongreßbeschlüsse als unzulässig.

Um ein gedeihliches Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstandes empfohlen, fröhliche Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den in Betracht kommenden Verbänden abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Uebertrittes von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Markellverträge) zu regeln.

Die lokale Anerkennung des Organisationsstandes erheischt die Unterlassung jeder unlauteren Agitation, besonders mit Hinweis auf niedrigere Beiträge, die Zurückweisung Aufnahmewanderer, die aus anderen angeschlossenen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Regelung ihrer Verbindlichkeiten austraten oder ausgeschlossen wurden, sowie die Unterlassung jedes Druckes auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder. — Die letzteren dürfen Mitglieder ihrer Organisation bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jetzigen Berufes zu fügen. Organisierte Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als 6 Wochen zu einem und demselben Beruf übertraten, müssen sich immer der Organisation des Berufes anschließen, in dem sie arbeiten. Organisierte Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, haben sich beiden in Betracht kommenden Berufsorganisationen anzuschließen.

Die dauernd in Betrieben fremder Berufe beschäftigten Arbeiter sind der Organisation ihres Berufes zuzuführen; Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentral- bezw. Gauintanzen. — Letzteres gilt auch für die Aufnahmen vereinzelt beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gemeinde-, Staats- und Genossenschaftsbetrieben, sowie für Arbeiter, für die am Orte eine Organisation ihres Berufes nicht besteht.

Eosern besondere Markellverträge über die gemeinsame Behandlung von Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen nicht bestehen, haben bei Bewegungen, die mehrere Berufsorganisationen umfassen oder Weiterungen für solche erwarten lassen, die betroffenen Verbände sich vorher über die Unterstützung der Nichtorganisierten zu einigen. Bei gemeinsamen Streiks, wie auch bei Beteiligung einzelner Mitglieder anderer Gewerkschaften an Ausständen, unterstützt jede Organisation nur die eigenen Mitglieder.

Von etwa abgeschlossenen Markellverträgen ist der Generalkommission durch Uebermittlung einer Abschrift Kenntnis zu geben.“

Eine von Vertretern des Metallarbeiterverbandes beantragte Resolution*) wurde in na-

*) Der Antrag der Vertreter der Metallarbeiter lautete:

Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beschließt:

Für die Abgrenzung der einzelnen Gewerkschaften sind fernerhin folgende Grundsätze maßgebend:

Arbeiter — gelernte und ungelerte —, die in einem Betriebe zusammen arbeiten und deren Tätigkeit bei der Herstellung von Produkten organisch zusammenhängt, sind in dem für ihren Beruf errichteten Industrieverband zu organisieren.

Eogenannte betriebsfremde Arbeiter, z. B. Maurer und Zimmerer in Industriebetrieben, Maler in Schiffswerften, Holzarbeiter aller Art in Betrieben der Metallindustrie, Metallarbeiter

mentlicher Abstimmung mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag des Vertreters des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, im Absatz 4 obiger Resolution hinter „Genossenschaftsbetrieben“ einzufügen: „für die in Betrieben beschäftigten Handels- und Transportarbeiter“, wurde vom Antragsteller zurückgezogen, nachdem ein Vertreter der Generalkommission zu Protokoll erklärte, daß der Antrag überflüssig sei, weil die Handels- und Transportarbeiter in Produktionsbetrieben gemäß der Resolution als „dauernd in Betrieben fremder Berufe beschäftigte Arbeiter“ aufzufassen und der Organisation ihres Berufes zuzuführen seien.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit wurde ohne weitere Debatte folgende Resolution betreffend die Schaffung möglichst einheitlicher Uebertrittsbedingungen angenommen:

„Den Verbänden wird empfohlen, eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, die den Uebertritt der Mitglieder in einen anderen, der Generalkommission angeschlossenen Verband nach folgenden Grundsätzen regelt:

1. Die Mitglieder, welche zu einem anderen Beruf übergehen und sich in der Organisation, der sie bisher angehört, regelrecht abmelden und die Beiträge voll entrichtet haben, sind vom Beitragsgelde in der anderen Organisation befreit.

2. Die Dauer der Mitgliedschaft, die das Mitglied in seiner bisherigen Organisation erreicht hatte, ist in der Weise anzurechnen, daß die geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summiert werden und auf Beiträge der neuen Organisation anzurechnen sind.

3. Die durch Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt auf die in der neuen Organisation vorgesehene Stanz und auf alle vorhandenen Unterstützungs-Einrichtungen in Anwendung. Im Unterstützungsfall gilt die Stanz, die nach den Bedingungen der bisherigen Organisation zwischen der letzten und der neu-zuzuziehenden Unterstützung zu liegen hat.“

Hinsichtlich der Abgrenzung des Agitationsgebietes der Gemeindebetriebsarbeiter lagen lebhafteste Beschwerden der Verbände der Stein- und Gärtner vor, daß der Verband der Gemeindebetriebsarbeiter die seitens der vorhergehenden Konferenz der Vorstände in dieser Frage gefaßten Beschlüsse weder beachtet, noch seinen Mitgliedern kundgegeben habe. Sie beantragten in Gemeinschaft mit den Vorständen der Handels- und Transportarbeiter, sowie Asphaltreue eine Resolution, die nicht bloß den vorjährigen Beschluß der Vorstände erneuert, sondern dem Verbands der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter zugleich eine scharfe Mißbilligung ausspricht und bei weiterer Nichtbeachtung dieser Beschlüsse den Ausschuß aus den Reihen der freien Gewerkschaften empfiehlt. Der Vertreter dieses Verbandes wies auf die innere Krisis hin, die das Ausscheiden Boerjchs aus dem Verbands zurückgelassen habe, machte für die Reibungen mit anderen Verbänden die nicht einwandfreie Leistung Boerjchs verantwortlich und erklärte, alles aufbieten zu wollen, um den Konferenzbeschlüssen Geltung zu verschaffen. Nach dieser Erklärung wurde das Mißbilligungsvotum wie auch die Ausschußdrohung gegen den genannten Verband seitens der Antragsteller zurückgezogen und die Konferenz begnügte sich mit der Annahme folgender Erklärung:

„Die Bestimmungen des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten haben nichts gemeinsam mit den Bestimmungen der Industrieverbände.

Während die Industrieverbände ein Produkt der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung darstellen, fehlt dem Verbands der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, soweit derselbe seine Tätigkeit

aller Art in Betrieben der Holzindustrie usw., Handels- und Transportarbeiter in Fabriken und in Gemeindebetrieben, sind dem Industrieverband ihres Berufes, oder wenn ein solcher nicht besteht, der zuständigen Berufsorganisation zuzuführen.

Es ist deshalb jede Agitation als unzulässig zu bezeichnen, die gegen diesen Grundsatz verstößt. Ebenso unzulässig ist jede Agitation, die den Zweck hat, Mitglieder ihrer Organisation abwendig zu machen, insbesondere wenn die Erhebung niedriger Beiträge dabei als Lockmittel angewendet wird.

auf die gewerblichen Betriebe, das Verkehrsreferat, Garten- und Parkverwaltungen auszudehnen befreit ist, jede derartige Grundlage, und handelt es sich bei diesem nur um eine künstliche Zusammenfassung der verschiedenartigen, betriebstechnisch und beruflich von einander vollständig unabhängigen Einzelbetriebe durch ein rein äußerliches Band. Die Folge dieser Bestrebungen ist lediglich eine Zersplitterung, teilweise sogar vollständige Laßnolmung der für diese gewerblichen usw. Berufe in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen.

Die heutige Konferenz der Vorstände erneuert deshalb den Beschluß der im Oktober 1904 stattgehabten Konferenz.

Außerdem wurden der früheren Resolution (1904) betreffend die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter im ersten Absatz hinter „Beerdigungsweisen“ folgende Worte eingefügt: „ausschließlich der bei letzterem beschäftigten Gärtner und Gartenbauarbeiter.“ (Schluß folgt.)

Lohnbewegungen.

Zugang nach Breslan, Dortmund, Heilbronn, Lahr, Troßingen, sowie nach Eisenberg (Stuttarbeiter) ist strengstens fernzuzulassen.

Die Sektion Luzern des schweizerischen Buchbinderverbandes steht in einer Lohnbewegung. Auch dahin ist Zugang fernzuzulassen.

Die Verfassungen A. Ullrichs und Firma Lonnar in Aachen, Biedemann in Rempten i. B., Fiebig, Gebauer und Schröter in Breslan, Fr. Wast, K. Fullriede (Buchbindereien), W. Wagner, J. Scherz, L. Ferber (Buchdruckerien) und A. Blashorn, A. Wolf, M. Bauer Bwe., G. A. Kieselstein, J. Henrich in Offenbach a. M., C. M. Rieger und C. F. Kaiser in Solingen (Portefeuille-Fabriken) sind gesperrt!

Potsdam. Zu der Notiz „Potsdam“ in Nr. 8 unserer Zeitung teilt die Verwaltung der Zählstelle uns mit, daß in der Buchbindelei des Herrn E. Stein wohl Streitigkeiten vorgekommen sind, welchen jedoch die Bezeichnung „Differenzen“ nicht beigemessen werden kann. Die Verwaltung der Zählstelle sieht sich darum veranlaßt, die in Nr. 8 enthaltene Notiz zu widerrufen.

Lahr. Wegen ausgebrochener Differenzen bei der Firma Wangemann empfiehlt es sich, vor Arbeitsaufnahme nach Lahr erst Erkundigungen beim Bevollmächtigten einzuziehen.

Leipzig. In der Leipziger Buchbinderei-Artien-gesellschaft, vormals Gustav Frigische, drohen wegen unqualifizierbarer Behandlung der Arbeiterinnen durch den Schnellpressenfaktor W. A. Differenzen auszubrechen. Verhandlungen mit der Geschäftsleitung sind eingeleitet.

Die Kollegen und Mitarbeiterinnen wollen dies einstweilen beachten und weiterer Nachricht genwärtig sein.

Korrespondenzen.

Mitna. Am 3. März fand bei Fels, Gr. Bergstraße, eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende Wilhelm gab den Kartellbericht. Denselben ist zu entnehmen, daß folgender Antrag der Kartellkommission angenommen wurde:

Bei Lohnbewegungen einzelner Gewerkschaften, zu deren erfolgreicher Durchführung die Unterstützung der anderen Organisationen durch Vorkost geboten erscheint, sind dieselben verpflichtet, bei Einreichung ihrer Forderungen an die Prinzipale diese Forderungen gleichzeitig der Kartellkommission zu unterbreiten.

Derselben freit Einspruchs- und Verhandlungsrecht in jedem Stadium der Lohnbewegung zu.

Zum Punkte Maifeier wurde festgelegt, um der herrschenden Masse vor Augen zu führen, daß wir mit ihrem Eifer nicht einverstanden sind, am 1. Mai einen Demonstrationsspektakel, wie bisher, zu veranstalten, sowie an diesem Tage die Arbeit in größtmöglichstem Umfange ruhen zu lassen.

Als Resolutionskomitee wurden gewählt die Kollegen: Schneider, Winkte, Schmidt und Grill. Weiter fand ein Antrag Annahme, in Anbetracht der zum Herbst eintretenden Lohnbewegung eine Agitationskommission zu wählen, sowie jeder Kollegin und jedem Kollegen aus Herz zu legen, für die Organisation überall und in jeder Weise zu agitieren, um des Erfolges sicher zu sein. In die Agitationskommission wurden die Kollegen Winkte, Sargstorff, Spletz, Schwartau, Paß und Klein gewählt. Nachdem der Vorsitzende Wilhelm noch kräftig für die am 18. März im

Edentheater stattfindende Matinee agitiert hatte, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Leipzig. In der am Freitag, den 2. Februar, in den „Vereinshallen“ stattgefundenen außerordentlich gut besuchten Versammlung referierte Genosse Meunten über den „Städinger Kreuzzug“. Eine ausführliche Wiedergabe des Vortrages würde den Rahmen eines Versammlungsberichtes weit überschreiten, deshalb sei nur erwähnt, daß der Referent für den ungemein festlichen und lehrreichen Vortrag reichen Beifall erntete. Eine Diskussion hierzu wurde nicht beliebt. — Zum zweiten Punkte bringt Zinke den Versammlungen zur Kenntnis, daß der hiesige Großbuchbindereibesitzer J. gelegentlich einer Auseinandersetzung mit einem Arbeiterauschutzmigliedee seines Betriebes eine Meduzierung der Löhne von 5 bis 25 Proz. in Aussicht gestellt hat. Begründet hat diese wohlmeinende Absicht der Herr J. damit, daß er eben wieder eine Nachricht von einer Firma (wahrscheinlich Radtenöslager) in Neutlingen erhalten habe, woselbst zu solchen untertariflichen Bedingungen die Arbeit aufgenommen sei. Die großstädtischen Betriebe könnten also die Konkurrenz mit den Großbetrieben in der Provinz nicht mehr aufnehmen, oder es erfolge Abzug am Arbeitslohn in besagter Höhe. Die Versammlung nahm diese Mitteilung zunächst mit großer Heiterkeit auf. In der hierauf folgenden regen Debatte wurde durch die Kollegen Heber und Haase der Fall nochmals detailliert und will Herr J. die Drohung überhaupt nicht ausgesprochen haben, oder er sei falsch verstanden worden. (Heiterkeit.) Heß, Schabile, Bibel unterzogen die Sache einer eingehenden Kritik. Schabile forderte die Kollegen auf, mehr für die Durchführung des Tarifes in der Provinz zu sorgen und sprach sich scharf gegen das Vorbringen untertariflich bezahlter Affordarbeit in der Provinz aus. Es wäre wohl möglich gewesen, die Affordarbeit dort zu verweigern. So würde in Hannover, Freiburg usw. unter Tarif gearbeitet. Diesem muß mit aller Energie entgegengetreten werden. Bibel: Die angekündigte Meduzierung gibt doch zu denken und läßt vermuten, daß unsere Unternehmer wirklich derartige plänen. Herr J. hat vielleicht nur zu bereitwillig aus der Schule geplaudert. Vorsicht ist da jedenfalls geboten. Im übrigen beirrit Bibel die Veredlung der Prinzipale, sich über die untertariflichen Verhältnisse in der Provinz zu beschweren. Sie hätten noch nie etwas für Beseitigung dieser Verhältnisse getan, sondern fordern ständig von der Arbeiterschaft auf deren Rechnung und Gefahr eine Aenderung zum Besseren. Mildner sprach von seiner Tätigkeit in Stuttgart. Ueber dort herrschende Mißstände erklärt er sich bereit, Beweismaterial beizubringen. Güth - Vielelei, als Gast anwesend, wandte sich in längeren Ausführungen scharf gegen die bekannten Unternehmerkonkurrenzpraktiken. Sie seien selbst schuld, daß die Verhältnisse im Verufe von Tag zu Tag schlechter werden, während die Auftraggeber sich ins Häußchen lassen können. Aber auch die Kollegenchaft sündigt schwer gegen sich selbst. Speziell die Kolleginnen könnten ungleich mehr zu ihrem Nutzen ausrichten, wenn sie sich endlich ihrer Macht und Unentbehrlichkeit recht bewußt würden und dieselbe zu ihrer Besserstellung ausnützten. Medner wünschte, daß die Kolleginnen den Organisationsgedanken besser in sich aufnehmen und mehr in die Provinz tragen möchten als bisher. Im weiteren bespricht er ein ihm zu Gesicht gekommenes Zirkular eines Unternehmers eines anderen Berufes, in dem derselbe scharf gegen die Schmutzkonzurrenz vom Leder zieht und seine Kollegen eindringlich auf die wirtschaftlichen Schädigungen einer solchen aufmerkssam macht und davor warnt, in dieselben Fehler zu verfallen wie andere Unternehmer. Auch den Arbeitern des in Frage kommenden Berufes gegenüber zeige der betreffende Fabrikant ein anerkennendes Verständnis. Schließlich forderte er die Kollegen auf, sich eine gute kollegiale Behandlung und hauptsächlich auch eine eingehendere Auffklärung der Arbeiterinnen angelegen sein zu lassen. Eine Anfrage Hebers, ob der Ortsverwaltung etwas über die näheren Umstände betreffend die Arbeitsaufnahme bei der Firma Radtenöslager in Neutlingen bekannt sei, beantwortete Zinke dahin, daß die Verwaltung auch nicht mehr wisse, als die hierüber erschienenen dürftige Zeitungsnote besage. Mehrere Medner konnten nicht glauben, daß der Verbandsvorstand einer Arbeitsaufnahme unter solchen tarifwidrigen Umständen zugestimmt haben könne. — Ein schon viele Jahre altes Schmerzenskind tauchte hierauf wieder auf: die Verbandskataloge der Firma Mey u. Söhlig. Konkurrenten um diese Arbeit sind wieder die Firmen Frisische und Raumbach. Der tarifliche Preis für das Falgen dieser Bogen beträgt 85 Pf., bezahlt werden aber nur 65 Pf. J. erklärte seine Bereitwilligkeit, den Tarif zu zahlen (was eigentlich selbstverständlich sein sollte), wenn — Raumbach ihn zahlt. Letzterer Herr ist aber insofern im Vorteil, weil bei ihm, wie von allen Seiten be-

trächtig wurde, beim Falzen die Heimarbeit in einer Weise eingetrennt ist, die für den Beruf gemeingefährlich zu werden droht. Zinke appellierte an die in Frage kommenden Falzerinnen und versprach, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß sich das Gewerkschaftskartell mit der immer brennender werdenden Frage der Heimarbeit baldigst beschäftige. Schreiber wünschte, den Tarif zunächst auf einige Großstädte, wie München und so weiter, auszubehnen, und bestärkte für die allgemeine Einführung desselben erhebliche Schwierigkeiten, weil in der Provinz leider zum Teil auf Jahre hinaus Sonderabmachungen getroffen sind. — Einige weitere Mißstände wurden vorgebracht in puncto Bezahlung der Prozente für Ueberstunden. Es wurde jedoch festgestellt, daß überall die Prozentzufolge bezahlt wurden, wenn sie von dem betreffenden Personal eingehoben worden waren. Weiter wurde festgestellt, daß es noch eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen, selbst organisierte, nicht unter ihrer Würde halten, freiwillig und unaufgefordert Ueberstunden ohne Prozentbezahlung zu leisten. — Wibel kritisierte hierauf die vom graphischen Kartell einberufene Protestversammlung gegen die Anstandspositionalsteuer. Er gibt seiner Verfrühdigung über den großartigen Besuch dieser Versammlung Ausdruck. Ob es aber notwendig oder auch nur nützlich war, einen Unternehmer als Referenten neben dem Genossen Lipinski zu gewinnen, müsse er mindestens bezweifeln. Die Arbeiterschaft verstehe auch ohne Hülfszügen ihrer Gegner gegen derartige, eine ganze Industrie geradegu räumende Maßnahmen zu protestieren. Die meiste Veranlassung zur abschälligen Kritik gebe ihm aber die eigentümliche Haltung des Buchbinderverbandsvorsitzenden. Dieser mußte wissen und weiß auch, wie die Stimmung der Leipziger Arbeiterschaft gegen den Medakteur des „Korrespondent“ beschaffen ist. Allseitig habe man das Auftreten des Herrnhäuser als eine unqualifizierbare Prohibition der Arbeiter empfunden. Es sei unseren Delegierten zum graphischen Kartell die Weisung zu geben, dafür einzutreten, daß man in Zukunft von solchen Ueberzumpelungen verschont bleibe, indrigenfalls zu erwägen wäre, ob es nicht besser sei, von den Veranstaltungen des graphischen Kartells fernzubleiben. Zinke wandte sich gegen diese Ausführungen. Er habe die festeste Ueberzeugung, daß seinem Freunde Herrnhäuser Unrecht geschehe. Er habe kein Leben lang für die Interessen seiner Kollegen und der allgemeinen Arbeiterschaft gearbeitet, aber überall nur Unand geerntet. Er wisse am besten, was er gewirkt habe und wie ihm allenfalls mitgespielt worden sei. Wenn dieser dadurch verbittert sei, könne das nicht verwundern. Wenn man auch nicht mit allem einverstanden sein könne, was er schreibt, so müsse man doch zugeben, daß er nur von den besten und besten Motiven geleitet werde. Ununterbrochene Zurufe aus der Versammlung zeigten, daß Zinke mit seiner Ansicht in diesem Falle bei der Kollegenschaft keine Gegenstücke fand. Waltherr erklärte die Gründe, die das Referat des Herrn Zährig würdigenwert erscheinen ließen. O. Schröder wandte sich scharf gegen Herrnhäuser und dessen Stellungnahme zur proletarischen Solidarität, mit besonderem Hinweis auf Herrnhäusers Handlungsweise gegen die Medakteure der „Leipziger Volkszeitung“, speziell gegen seinen Verbandskollegen Kressin. Hesse sprach Herrnhäuser das Recht zu, in der Versammlung seiner Meinung Ausdruck zu verleihen, verurteilte aber im übrigen ebenfalls die prinzipielle Haltung Herrnhäusers. Seifert fand es für nicht angebracht, daß Zinke, als unser Vertreter im Bureau jener Versammlung, nach Herrnhäusers Ausführungen Weisfall klaffte. Auf Antrag Wolf erfolgte hierauf Schluß der Debatte.

Saalfeld. Unsere Zahlstelle hielt am 19. Februar ihre Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Bonmer zufolge fanden im verfloffenen Jahre 13 Mitglieder, 6 Generalversammlungen und 2 kombinierte Versammlungen mit den Lithographen und Steindruckern statt. Dem Massenbericht, welchen Kollege Große gab, war zu entnehmen: Einnahme 11,80 Mk., Ausgabe 20,52 Mk., eingekauft an die Hauptkasse 71,28 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt inkl. Bestand vom vorigen Quartal 34,96 Mk., Ausgabe 11,10 Mk., bleibt ein Bestand von 23,86 Mk. Die Wahlen zur Verwaltung ergaben folgendes Resultat: Heinz Bevollmächtigter, Vicht Kassierer, Große Schriftführer. Revisoren Große und Ose. Die Delegierten zum Gewerkschaftskartell waren auf Wunsch desselben bereits am 8. Januar gewählt. Desgleichen Kollege Heinz als Arbeitnehmervertreter zum Gewerbebericht vorge schlagen und bei der am 19. Januar stattgefundenen Wahl mit gewählt. Der Verkauf unserer Lohnbewegung, die sich auf 8 Betriebe mit 16 organisierten Gehilfen erstreckte, war nur von teilweisem Erfolge begleitet. Die Forderungen waren folgende: 1. Der Minimallohn betragt 18 Mk. Die diesen Lohn und darüber haben, erhalten 10 Proz. Zuschlag. 2. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Dieselbe beginnt nicht vor 7 Uhr

früh und endigt nicht nach 6 Uhr abends. 3. Regelmäßige Ueberzeitarbeit ist nicht gestattet. Ist solche nicht zu vermeiden, so ist ein Zuschlag von 25 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Proz. zu zahlen. 4. Ein Abzug vom Lohn für landesgesetzliche und vom Arbeitgeber angeordnete oder durch Betriebsstörung verursachte Feiertage ist nicht gestattet. Die Forderungen wurden am 14. Dezember eingereicht (in den Druckereien mit den Lithographen und Steindruckern) und Antwort bis zum 21. Dezember erbeten. In der an diesem Tage stattgefundenen kombinierten Versammlung war unsererseits Kollege Finemann aus Erfurt erschienen. Das Resultat war ein vollständig negatives. Es handelte sich hier hauptsächlich um den Minimallohn resp. Prozentzuschlag. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Druckereikollegen die stündliche Arbeitszeit und die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage mit entsprechenden Pausen mit den Lithographen und Steindruckern von gleichem Zeitpunkt an gesehen. Der anwesende 2. Vortand des deutschen Genereidbundes, Kollege Lange aus Berlin, teilte mit, daß von seinen aller Steindruckereibesitzer ein Reichstags vorbereitete würde, zu dem die Verhandlungen im Februar beginnen und zurzeit ein öftliches Vorgehen wegen der bereits überschrittenen Hochkonjunktur zwecklos sei. Es wurde sodann beschlossen, nochmals, und zwar um Gewährung von Teuerungszulagen nachzusuchen. Außerdem wurde Kollege Finemann beauftragt, am nächsten Tage in zwei Druckereien und einer Geschäftsbücherfabrik und Buchbinderei vorstellig zu werden. Schlid & Schmidt (Druckerei) erklärten, die Angelegenheit im Februar regeln zu wollen. Herr Max Müller, in Firma Wiedemannsche Hofbuchdruckerei, ließ sich zu gar nichts bewegen. Die Firma Otto Nieße gab an, nur mit ihren Leuten verhandeln zu wollen. Die Firma gab jedoch das Versprechen, vom 15. Januar ab Lohnaufbesserungen und Bezahlung gesetzlicher Feiertage einzutreten zu lassen. Diese bezahlt für Ueberzeitarbeit 5 Pf. Zuschlag. Die Regelung geschah in der Weise, daß die Stundenlöhne in der Gesamtschulme auf einen festen Wochenlohn erhöht wurden. Die Löhne schwanken nunmehr zwischen 17—23 Mk. Die Arbeitszeit hatte die Firma vom 1. November an von 9¼ auf 9½ Stunden herabgesetzt. Die Firma Aug. Zittner (Druckerei) teilte den dort beschäftigten Kollegen mit, ebenfalls die Sache im Februar zu regeln, was aber bis heute nicht geschehen ist. Die 4 Kollegen der Firma Schlid & Schmidt erhielten am 27. Januar je 1 Mk. Teuerungszulage. Von den Meistern hat Kohl (chem. Verbandsmittel) alles bewilligt. Die Feiertage bezahlt derselbe seit Jahren. Hofbuchbinder Hampel erklärte, von der Arbeitszeit nichts ablassen zu können (9 Stunden 40 Minuten), bewilligte aber den 10prozentigen Lohnzuschlag, bezahlt die gesetzlichen Feiertage und läßt keine Ueberstunden mehr machen. Firma Otto Schulze Wittwe bezahlt nur die gesetzlichen Feiertage und läßt auch nicht mehr überarbeiten (10stündige Arbeitszeit). Wenn unsere hauptsächlichste Forderung, 18 Mk. Mindestlohn, auch nicht zu erreichen war, so können wir noch froh sein, das Wenige ohne Arbeitsniederlegung erreicht zu haben. Es liegt nun an der Kollegenschaft, das Erreichte festzuhalten und dafür zu sorgen, daß der erstrebte Minimallohn bald eingeführt wird. Dazu ist es auch notwendig, daß vor Stellungnahme nach hier unbedingt erst Erkundigungen eingezogen werden. Ferner möchten wir den Kollegen dringend ans Herz legen, sich in Zukunft mehr für die Sache zu interessieren und nicht Dingen nachzugehen, die mit derselben absolut nichts zu tun haben.

Dormund. Am Sonntag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, fand im Lokale des Herrn Schreier eine öffentliche Versammlung statt. Dieselbe litt sehr unter der Ungunst der Witterung, indem nach langer Periode schlechten Wetters ein herrlicher Vorfrühlingstag die Menschen ins Freie lockte.

Kollege Groenhoff sprach über das Thema: „Das Leben der Frauen einst und jetzt“. Er führte aus, daß es zu weit führen würde, das gesamte Leben der Frauen vom grauen Altertum bis zur Gegenwart aufzuzählen. Er wolle daher nur einen verhältnismäßig kurzen, leicht zu überschendenden Abschnitt ertören. Als Schiller seinen bekannten Vers „Ehret die Frauen“ usw. schrieb, herrschten noch bei uns andere wirtschaftliche Verhältnisse wie heute. Die Frau fand in den damaligen großen Haushaltungen samt ihren Töchtern und dem weiblichen Gesinde eine Menge Arbeiten vor, die der Frau von heute ganz fremd sind. Sie mußte neben den häuslichen Arbeiten, die sie auch heute noch zu verrichten hat, Arbeiten machen, die heute von der Industrie übernommen worden sind. Sie mußte z. B. Seife kochen, Lichter ziehen, Bier brauen, spinnen, weben, den größten Teil der Kleidungsstücke selbst anfertigen usw., alles Sacken, die heute von der Industrie weit besser und billiger hergestellt werden können. Durch die Entwicklung der großen Industrie und ihrer Erzeugnisse für den Massenbedarf wurde viel weibliche Arbeitskraft freigesetzt. Die Industrie nahm sie aber

als billige und willige Arbeitskraft gern auf. Dies umsomehr, als die Entwicklung der Technik vielfach machte. Anfangs empfand es der Arbeiter als einen willkommenen Zuwachs seines Einkommens, daß seine Töchter in dem Dienste der Industrie Arbeit und Verdienst fanden. Bald zeigte sich aber die Mehrzahl der Weibchen. Dem nicht beswegen wurden ja die weiblichen Arbeitskräfte eingeführt, um das Einkommen der Arbeiterfamilie zu erhöhen. Ihre Willigkeit und größere Willigkeit lockten die Arbeitgeber und Ausbeuter. Bald trat sie daher als schwer empfundene Konkurrentin des Mannes auf. Nicht nur bei der Arbeit unverheirateter Mädchen blieb es. Auch Kinder und verheiratete Frauen wurden massenhaft in den Dienst der Industrie gezogen. Mehrer belegt dieses durch einige Zahlen. War doch z. B. die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen vom Jahre 1882 bis zu 1895 um 23 Proz. gewachsen. Die Zahl der Verheirateten aber um 40 Proz., von 697 639 in 1882 auf 1 046 381. Also über eine Million verheirateter Frauen waren schon damals ihrem Beruf als Hausfrau und Mutter entzogen. Gerade das Wachsen der Zahl der verheirateten Frauen, die ins Erwerbsleben gezogen wurden, zeige die bedenklichste Seite der Frauensarbeit. Einmal sei dadurch erwiesen, daß so und soviel Männer nicht mehr instande seien, infolge ihrer niedrigen Löhne ihre Familie allein zu ernähren. Dann aber verringere die aus der Frauensarbeit erwachsene Konkurrenz wiederum das Einkommen anderer Arbeiter, deren Frauen dann ebenfalls gezwungen sind, mitzuverdiene. Aus alledem gehe zur Genüge hervor, wo diejenigen zu suchen seien, die die Ehe aufheben, das Familienleben zerstören wollen usw. Die kapitalistische Entwicklung hat das mit sich gebracht, und es muß mit diesen Erscheinungen gerechnet werden. Derjenige, der sich durch reaktionäre Gesetze und mittelalterliche zünftlerische Bestimmungen dieser Entwicklung entgegenstemmen will, gleicht dem eblen Ritter Don Quixote de la Mancha, der gegen Windmühlensflügel kämpfte. Die Arbeiter haben daher die Arbeiterinnen nicht als Feinde oder minderwertige Elemente anzusehen, sondern als Leidensgefährtinnen, Kolleginnen und Kampfgenossinnen. Durch die moderne Entwicklung ist das Leben der Frauen und Mädchen in mancher Beziehung selbständiger geworden. Sie nun auch zum selbständigen Denken und Handeln zu ergreifen und sie von den alten überlieferten Vorurteilen und Gewohnheiten abzutrennen, ist die Aufgabe der Organisation. Redner geht dann auf das Wesen und die Aufgaben der modernen Arbeiterorganisation ein. Ebenfalls eingehender schildert er die Entwicklung unseres Berufes, speziell in bezug auf die Frauensarbeit. Der Buchbinderverband sei gerade für die Kolleginnen von allergrößter Bedeutung. Die Kapitalisten, große wie kleine Unternehmer, lassen sich den durch die Frauen- und Mädchenarbeit geschaffenen Kapitalprofit sehr gern gefallen. Im übrigen aber blicken sie mit einer gewissen souveränen Verachtung auf diese Arbeiterinnen. Sie werden als „dumm, frech, flatterhaft und pugschichtig“ hingestellt. Es sei ihm, Redner, bei Verhandlungen mit Prinzipalen mehrfach vorgekommen, daß die Unternehmer nicht begreifen konnten, warum der Buchbinderverband so für die Arbeiterinnen eintrete, die seien doch nicht zu organisieren! Das müßte doch jeder Kollegin zu denken geben. Wenn aber die Organisation die Arbeiterinnen heranzieht und sie für höhere Ideale und für das öffentliche Leben erzieht, dann ist das auch wieder nicht recht, dann heißt es, „die Weiber gehören hinter den Stockputz, laßt sie Striempfe steppen“ und was dergleichen den Spießbürgern nachgeplapperten Redensarten sind. Die Wahrheit ist, daß man das billige und willige Ausbeutungsobjekt zu verlieren fürchtet, wenn die Arbeiterin zum Denken erwacht. Die männlichen Arbeiter aber haben alle Ursache, ihre Mit- und Arbeiterinnen als Gleichberechtigte anzusehen und dafür einzutreten, daß ihnen für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt wird. Dann wird sie nicht länger Konkurrentin, sondern Kollegin und Genossin des Arbeiters sein. Dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kleine Pause.

In der Diskussion sprach Frau Kluppenbänder zunächst ihr Bedauern darüber aus, daß so wenig Kolleginnen anwesend seien, um den sehr reichen Vortrag zu hören. Die Kolleginnen dürften nicht glauben, daß ihnen schöne Versprechungen nützen können. Bei Streiks seien die Arbeiterinnen ja stets liebe Kinder, wenn sie nämlich weiter arbeiten. Wenn sie aber ihre Lage wirklich verbessern wollen, dann könne das nur durch die Organisation geschehen. Darum sollten die anwesenden Kolleginnen in Zukunft ihre nicht anwesenden Mitarbeiterinnen und Freundinnen mitbringen und sie der Organisation zuführen. Auch die Kollegen Herrschien und Moll beteiligten sich an der Diskussion und wies ersterer nochmals auf die

Abrechnung des Verbandes vom 4. Quartal

(Oktober, November, Dezember) 1905.

A. Abrechnung

der Zahlstellen.

Table with columns: Name des Ortes, Legn. Gaus, Zahl der Mitglieder am 1. d. Quartals, Zahl der Mitglieder am 31. d. Quartals, and various financial columns under 'Einnahmen'.

Table with columns: Abrechnung, a) Verbandsmitglieder, b) Wohlthätige, and various financial columns under 'Ausgaben'.

Einnahmen

Table with columns for Name des Ortes, Zahl der Mitglieder, and various financial entries (Einnahmen, Ausgaben, etc.) for various locations like Berlin, Hamburg, etc.

Zur Abrechnung von 4. Quartal 1905.

Nach der vorliegenden Abrechnung des 4. Quartals hätte unter Berücksichtigung 11 102 Mark...

Der Gesamtergebnsertrag wurden 7 900,10 RM. gemäß und für Mitglieder...

Die Beschlüsse der einzelnen Orte werden geteilt.

- a) monatliche Verbandsmittel: 1. Hälfte für 580 Züge... 2. Hälfte für 664 Züge...

B. Abrechnung der Verbandskasse.

- a) Einnahmen: Eingehalten von den Zahlstellen... b) Ausgaben: Gehälter der Verbandskassanten...

1. Quartal 1906 in den Rollen der vertriehen Verwaltungen.

Die Verbandskasse verfügt über eine Summe von 30 989,82 RM. und hatte 44 630,21 RM. an Ausgaben zu machen...

Ausgaben

Table with columns for various financial categories (Verbandsleiterentlohnung, Gehälter, etc.) and numerical values.

Wichtiges

Die Mitglieder der Baubinder-Zeitung sind verpflichtet, die Beiträge zu zahlen...

Erklärung.

Der Grund des in Nr. 4 der Zeitung erschienenen Artikels 'Zum Wohlstand...' ist die Erklärung...

Erklärung.

Der Grund des in Nr. 4 der Zeitung erschienenen Artikels 'Zum Wohlstand...' ist die Erklärung...

eine falsche Beurteilung der wirklichen Sachlage hervorzurufen, Beunruhigung zu erwecken und Verwirrung in die Reihen der Mitglieder zu tragen. Dem Verlangen, die getroffenen Entscheidungen den Mitgliedern zu unterbreiten oder sonstigen Aufschluß zu geben, kann der Ausschuß trotzdem aus rein taktischen Gründen nicht entsprechen. Denn die in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen berechtigen zu der Befürchtung, daß der geringste Unhaltspunkt einzelne Mitglieder anspornen würde, den hoffentlich im Absterben begriffenen Streit aufs neue zu beleben.

Mann der Ausschuß demnach aus derartigen Erwägungen heraus dem sonst berechtigten Wünsche der Mitglieder nicht nachkommen, so hat er aber keine Ursache, seine Anschauung über das Wesen des ganzen Streitstoffes vorzuenthalten. Und das ist mit wenigen Worten charakterisiert: Mögen ursprünglich vitale Verbandsinteressen in Frage gekommen sein, im weiteren Verlauf des Streites waren diese ausgeschieden. Der Verbandsausschuß.

Zur Beachtung für Kartonnagen- arbeiter und Buchbinder!

Die Firma Siegel, Kartonnagenfabrik in Falkenstein i. W., sucht für ihre neu zu errichtende Abteilung „Luxuskartonnagen“ in den verschiedensten Zeitungen der Provinz Arbeitskräfte. Da die Falkensteiner Kollegen mit den dortigen Prinzipalen tarifliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenseitig unterjährig vereinbart haben, ersuchen wir alle dort Arbeit nehmende Kollegen, dies zu beachten. Am besten zeigt man bei eventl. Arbeitsangeboten nach dort erst Erfindungen bei unserem Bevollmächtigten E. Künze, Falkenstein i. W., Elfelderstraße 31, I, ein. Kein Kollege sollte dies verabsäumen, denn nur wenn das geschieht, können tariflich festgelegte Lohn- und Arbeitsverhältnisse hochgehalten werden.

Mit kollegialem Gruß
E. F j ü e.

Nicht raften.

Die Arbeiterbewegung in Kassel ist vorwärts gekommen und ausgebreitet worden. Je mehr wir Zulauf haben und Anhänger gewinnen, desto lieber ist es uns. Aber so leicht ein Haufe zu-

ammenkommt, so leicht geht er wieder auseinander, wenn die Zeit des Zusammenseins nicht dazu benutzt wird, die uns einigenden Bande fester zu knüpfen. Und, Kollegen Kasseles, rastet nicht, für Ausbreitung unserer Organisation zu arbeiten. Tut Ihr dies doch, dann droht uns die Gefahr, das im vergangenen Jahr Erungene wieder zu verlieren. Darum, Kollegen, treibt täglich, stündlich Werbearbeit für unsere Ideen. Nur dann können wir unsere Zahlstelle und die Erfolge derselben auf der Höhe halten. Nur dann können wir beides noch mehr ausbreiten.

Kasseles.

Pr.

Briefkasten.

Nach Stuttgart. Anonymes wird nicht berücksichtigt! Auch darf der Zahlstellenstempel nicht fehlen. St. G. in D. Bei Gelegenheit wird das Letzte eingekauft mit verwendet.
F. G. in L. G. Magliano, Mailand, Via Campo Lodigiano 8. Die zweite Frage ist nicht so allgemein zu beantworten.
K. F. in L. Zu spät. In nächster Nummer. Zurückgestellt für nächste Nummer Berichte aus Hamburg, Kassel, Berlin, Leipzig, München, Breslau, Chemnitz, Bromberg, Stuttgart, Heilbronn.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc (Einswechr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Mainz.
Am 10. d. Mts., mittags 2 Uhr starb unser früherer langjähriger Vorsitzender der Verwaltungsstelle, unser lieber Freund und Kollege **Heinrich Fleddermann** aus Nidam, 61 Jahre alt.
Ein treuer Freund unserer Kasse und Berater der Verwaltungsstelle, ein guter und lieber Kollege ist mit ihm aus dem Leben geschieden. 158] [2,—
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung und die Zentralverwaltung.

Zahlstelle Stuttgart.
Samstag, den 17. März 1906, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Saal 12 **Mitglieder-Versammlung**

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen.
2. Vorschläge von Beisitzern zum Gewerbegericht.
3. Wahl eines Mitgliedes zur Tarifkommission.
4. Vorschläge von Vertretern zur Ortskrankenkasse.
5. Fragekasten. — Verschiedenes.
Die Versammlung beginnt um 8 Uhr und bitten wir angeichts der wichtigen Tagesordnung um regen Besuch. 159] [3,30 Der Vorstand.

Montag, den 19. März 1906, abends 7 Uhr **Vertrauensmänner = Sitzung** im „Gewerkschaftshaus“, Näheres durch Zirkular. D. O.

Zahlstelle Brandenburg a. H.
Sonabend den 31. März 1906 **Stiftungs = Fest** bestehend in **Theater, Vorträge und Ball** im Café „Selgoland“, Wilhelmsoberstraße. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende???

Die Kollegen und Kolleginnen der Nachbarzahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen. 160] [1,00

Unserem lieben Kollegen **Friedrich Gieck** zu seiner Verlobung mit **Fräulein Johanna Stern** die „Herzlichsten Glückwünsche!“ 161] [1,20 Die Kollegen der Zahlstelle Darmstadt.

Unserem lieben Kollegen **Robert Laesch** bei seiner Abreise ein „Herzliches Lebwohl!“ 162] Zahlstelle Essen. [1,20

Unserem Kollegen **Hans Hohmann** zu seiner Vermählung die „Besten Glückwünsche!“ 163] [1,— Zahlstelle Potsdam-Nowawes.

Unserem lieben **Hänschen** und seiner lieben Braut **Klärchen Ernst** die „Herzlichsten Glückwünsche!“ Potsdam, den 17. März 1906. [1,20 164] **Fränzchen G. Wolff D.**

Unserem seitherigen Gauleiter **Heinrich Böttcher** Feuerbach - Stuttgart zu seiner Abreise nach Sachsen ein „Herzliches Lebwohl und viel Glück!“ Wir bedauern, einen solchen tüchtigen Kollegen verlieren zu müssen, der uns stets mit Rat und Tat zur Seite stand. 165] Zahlstelle Göppingen. [2,40

Tüchtige Stuarbeiter auf Etalagen und bessere Schmucktütschen in dauernde Stellung 166] [1,— **J. & G. Gottschalck, Leipzig.**

Nach wie vor am schnellsten erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den kostenfreien Arbeitsnachweis von **O. Th. Winckler Leipzig** Seeburgstrasse 47, weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen, **täglich** erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen **vollständig kostenfrei** zugesandt.

Nach wie vor am schnellsten erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den kostenfreien Arbeitsnachweis von **O. Th. Winckler Leipzig** Seeburgstrasse 47, weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen, **täglich** erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen **vollständig kostenfrei** zugesandt.

Leipzig.

Freitag, den 23. März 1906, abends 7 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Saale der „Vereinshallen“, Kreuzstr. 14.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Otto Kühle** über: **„Die geschlechtliche Erziehung der Jugend“.**
2. Diskussion hierzu.
3. Gewerkschaftliches. 168] [6,—

Vollzähligen Besuch erwartet **Der Bevollmächtigte.**

Buchbinderei
gutgehend, bessere (Rundenarbeit) Berlin W., Krankeitshalber ca. 1400 Mk. sofortverkauf. Dff.: P. K. 100, Postamt 35.

Hurra! Hurra! Hurra!
Bei unserem **Gardmann Robert** ist ein kleiner Pappenspreiß da! 170] [1,20 Die Kollegen der Zahlstelle Brieg.

Tüchtige Stuarbeiter
suchen bei hohem Lohn für dauernd **Börner & Haasenritter,** 171] Köln, Probsteigasse 15. [1,40

Papiergeschäft mit Arbeitsraum, Todesfalls halber billig zu verkauf., Geisler, Charlottenburg, Leibnizstr. 97.

Uhren u. Goldwaren
kaufen die Kollegen **gut und billig** bei **H. O. Viebscher** Leipzig-Neustadt, Alleestraße 16

Alle Reparaturen an Uhren und Goldwaren **billig, gewissenhaft und schnell.**

Einsendungen für die Zeitung sollen bis spätestens **Dienstag** früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis **Dienstag** Abend Berücksichtigung finden.

Selowsky's

Zenith-Cigaretten .: Bolero-Cigaretten

werden von jedem wirklichen Kenner bevorzugt!

Garantiert feinste Handarbeit!

Nur von organisierten, bestbezahlten Arbeitern hergestellt!